



Frau Bundeskanzlerin

Ergebnisse aus der Meinungsforschung

Wochenbericht KW 32
11.08.2017

<i>forsa</i>	<i>Emnid</i>	<i>FG Wahlen</i>	<i>infratest dimap</i>
--------------	--------------	------------------	------------------------

Wähleranteile:	Union zwischen 40 % und 38 %, SPD bei 24 % bzw. 23 %
Politische Aufgaben:	Bildungspolitik am wichtigsten Gute Beurteilung der Bundesregierung in den meisten politischen Aufgaben
Wirtschaft:	Optimistische Erwartungen bei derzeitiger Wirtschaftsentwicklung stark gesunken; langfristige Wirtschaftserwartungen eher pessimistisch
Eigene finanzielle Lage:	Die meisten Bundesbürger erwarten keine Veränderungen
Wichtigstes Thema:	Abgas- bzw. Dieselskandal

Wähleranteile

Angaben in Prozent

	forsa für RTL/stern	Emnid¹ für BamS	FG Wahlen² für ZDF	infratest dimap³ für ARD
CDU/CSU	40 (-)	38 (-)	40 (-)	39 (-)
SPD	23 (+1)	24 (+1)	24 (-)	24 (+1)
FDP	7 (-1)	8 (-)	8 (-)	8 (-1)
DIE LINKE	8 (-)	10 (-)	8 (-)	9 (-)
B'90/Grüne	8 (-)	7 (-1)	8 (-)	8 (-)
AfD	8 (-)	8 (-)	8 (-)	8 (-1)
Sonstige	6 (-)	5 (-)	4 (-)	4 (+1)
Erhebungszeitraum	31.07.-04.08.	03.-09.08.	08.-10.08.	04.-08.08.

Die Union liegt bei forsa 17 (-1), bei FG Wahlen 16 (-), bei infratest dimap 15 (-1) und bei Emnid 14 (-1) Prozentpunkte vor der SPD.

Kanzlerpräferenz

Angaben in Prozent

	forsa für RTL/stern	FG Wahlen² für ZDF	infratest dimap³ für ARD
Merkel	50 (-2)	60 (+1)	52 (-5)
Schulz	21 (-)	30 (-)	30 (+2)
keinen von beiden	29 (+2)		
weiß nicht/spontan: keinen		10 (-1)	14 (+3)
Erhebungszeitraum	31.07.-04.08.	08.-10.08.	07.-08.08.

Angela Merkel liegt bei FG Wahlen 30 (+1), bei forsa 29 (-2) und bei infratest dimap 22 (-7) Prozentpunkte vor Martin Schulz.

¹ Sperrfrist bis zur Veröffentlichung in der Bild am Sonntag (13.08.2017)

² im Vergleich zur KW 29

³ im Vergleich zum letzten ARD-DeutschlandTREND / KW 27

Problemlösungskompetenz

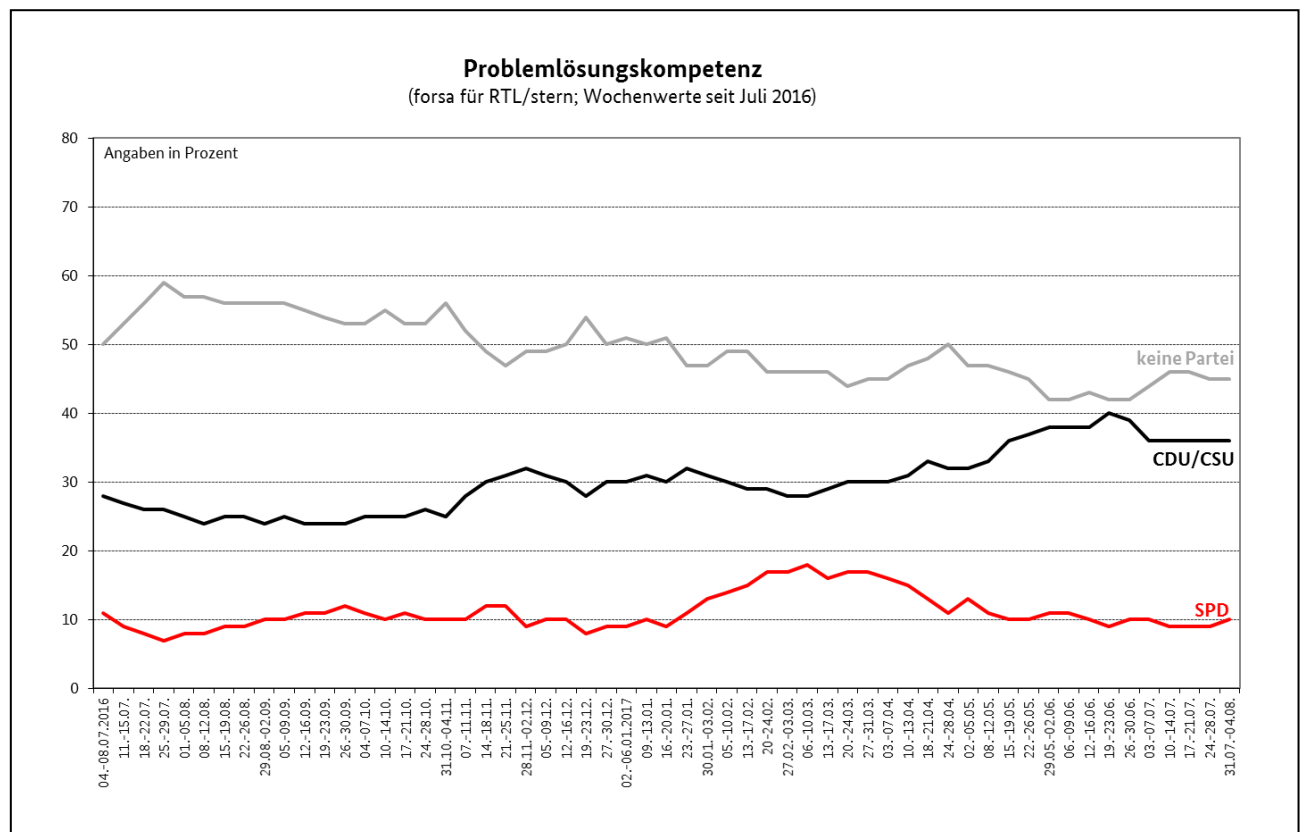
Angaben in Prozent

	forsa für RTL/stern	
CDU/CSU	36	(-)
SPD	10	(+1)
sonstige Parteien	9	(-1)
keine Partei	45	(-)
Erhebungszeitraum	31.07.-04.08.	

Bei der politischen Kompetenz, die gegenwärtigen Probleme in Deutschland zu lösen, liegt die Union 26 (-1) Prozentpunkte vor der SPD.

45 % (-) trauen die Lösung der Probleme keiner Partei zu.

79 % (-1) der Unionsanhänger meinen, dass die eigene Partei mit den Problemen in Deutschland am besten fertig wird, bei den SPD-Anhängern sagen dies 39 % (+2) von ihrer Partei.



Wichtigkeit politischer Aufgaben im August 2017

Angaben in Prozent; Veränderungen in Klammern beziehen sich auf die Erhebung im Juli 2017

Emnid für BPA

politische Aufgaben	sehr wichtig	wichtig	weniger wichtig	unwichtig
für gute Bildungsmöglichkeiten sorgen	68 (-3)	27 (-)	3 (+2)	2 (+2)
Altersversorgung langfristig sichern	65 (-3)	30 (-)	4 (+3)	1 (+1)
für saubere Umwelt und Schutz des Klimas sorgen	57 (-7)	39 (+6)	2 (-1)	2 (+2)
innere Sicherheit gewährleisten	53 (-6)	40 (+3)	5 (+2)	1 (-)
Steuerlast gerecht verteilen	50 (-5)	43 (+4)	5 (+1)	1 (-)
für soziale Gerechtigkeit sorgen	49 (-9)	44 (+6)	5 (+2)	1 (-)
Bedingungen für Familien mit Kindern verbessern	47 (-11)	42 (+6)	8 (+4)	2 (+1)
Gesundheitswesen modernisieren	44 (+2)	42 (-5)	10 (+1)	2 (+1)
Zuwanderung von Ausländern regeln	43 (+3)	40 (-6)	11 (+2)	5 (+1)
Daten von Bürgern und Unternehmen besser schützen	42 (-8)	40 (+2)	14 (+5)	4 (+2)
Arbeitslosigkeit bekämpfen	39 (-9)	47 (+3)	12 (+6)	2 (-)
Flüchtlinge in die deutsche Gesellschaft integrieren	36 (+5)	40 (-7)	12 (-)	10 (+3)
für bezahlbare Strompreise sorgen	30 (-7)	50 (+1)	16 (+3)	3 (+2)
neue Technologien fördern	30 (-1)	50 (-)	14 (-1)	5 (+2)
deutsche Interessen in der EU vertreten	29 (-3)	52 (+1)	15 (+4)	3 (-)
Verbraucherschutz stärken	28 (+1)	52 (-6)	17 (+4)	2 (+1)
Energiewende zügig vorantreiben	27 (-8)	52 (+6)	17 (+1)	4 (+2)
Staatsschulden begrenzen	27 (-)	49 (-1)	18 (-1)	5 (+3)
für Preisstabilität sorgen	26 (-1)	55 (-1)	15 (+1)	3 (+2)
deutsche Interessen im Ausland vertreten	24 (-)	47 (-6)	23 (+7)	4 (-)
Rahmenbedingungen für Wirtschaftswachstum schaffen	18 (-4)	58 (+1)	17 (+1)	6 (+4)
Erhebungszeitraum	02.-08.08.2017			

Die Bildungspolitik ist für die Bundesbürger nach wie vor die wichtigste politische Aufgabe und wird überdurchschnittlich häufig von 30- bis 49-Jährigen, Personen mit hoher formaler Bildung (jew. 78 %) sowie von Anhängern der Grünen (86 %) als sehr wichtig angesehen.

Die langfristige Sicherung der Altersversorgung wird von 40- bis 59-Jährigen (75 %), Personen mit mittlerer formaler Bildung (74 %) sowie von Anhängern der SPD (77 %) und der AfD (72 %) überdurchschnittlich häufig als prioritär angesehen.

Flüchtlinge in die deutsche Gesellschaft integrieren ist die politische Aufgabe, die am meisten Prozentpunkte (+5) in der Wichtigkeit zugelegt hat. Sie ist besonders wichtig für Personen mit hoher formaler Bildung (54 %) und 30- bis 39-Jährige (50 %). Auch Anhänger der Grünen (72 %) und der Linkspartei (57 %) halten diese Aufgabe überdurchschnittlich häufig für sehr wichtig.

Beurteilung der Arbeit der Bundesregierung in politischen Aufgabenbereichen August 2017

Angaben in Prozent; Veränderungen in Klammern beziehen sich auf die Erhebung im Juli 2017

Emnid für BPA

politische Aufgaben	sehr/eher gut	eher/sehr schlecht
Rahmenbedingungen für Wirtschaftswachstum schaffen	71 (+1)	19 (+3)
deutsche Interessen in der EU vertreten	67 (-6)	26 (+8)
deutsche Interessen im Ausland vertreten	63 (-7)	29 (+8)
Arbeitslosigkeit bekämpfen	63 (+1)	33 (+1)
innere Sicherheit gewährleisten	61 (-)	35 (+1)
neue Technologien fördern	60 (-5)	29 (+6)
für Preisstabilität sorgen	60 (-1)	34 (+4)
für saubere Umwelt und Schutz des Klimas sorgen	56 (-4)	39 (+4)
für gute Bildungsmöglichkeiten sorgen	56 (-3)	41 (+6)
Staatsschulden begrenzen	53 (-3)	39 (+6)
Bedingungen für Familien mit Kindern verbessern	52 (-)	40 (-1)
Verbraucherschutz stärken	50 (-5)	41 (+7)
Energiewende zügig vorantreiben	49 (-3)	44 (+4)
für bezahlbare Strompreise sorgen	47 (+2)	45 (-)
Daten von Bürgern und Unternehmen besser schützen	47 (+1)	46 (-)
für soziale Gerechtigkeit sorgen	46 (+2)	50 (-)
Gesundheitswesen modernisieren	45 (-2)	47 (+4)
Flüchtlinge in die deutsche Gesellschaft integrieren	37 (-2)	58 (+3)
Altersversorgung langfristig sichern	35 (-)	58 (-)
Zuwanderung von Ausländern regeln	34 (-3)	60 (+3)
Steuerlast gerecht verteilen	32 (+3)	61 (-1)
Erhebungszeitraum	02.-08.08.2017	

In 12 von 21 Politikfeldern bewertet mindestens die Hälfte der Bundesbürger die Arbeit der Bundesregierung als sehr bzw. eher gut. Die höchste Zustimmung erhält die Bundesregierung für die Wirtschaftspolitik (71 %), die Vertretung deutscher Interessen in der EU (67 %), die Vertretung deutscher Interessen im Ausland und für die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit (jeweils 63 %).

Derzeitige wirtschaftliche Entwicklung

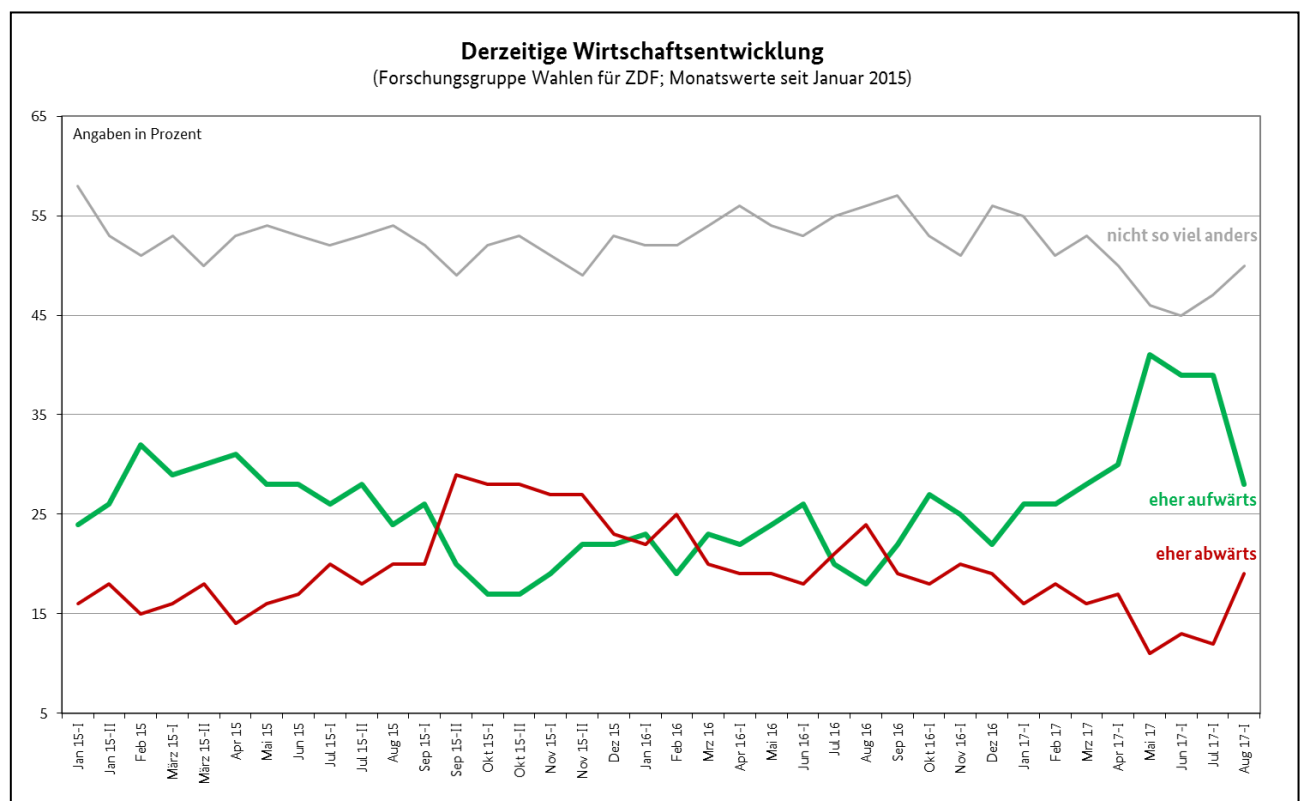
Angaben in Prozent

	FG Wahlen für ZDF
eher aufwärts	28 (-11)
eher abwärts	19 (+7)
nicht so viel anders	50 (+3)
Erhebungszeitraum	08.-10.08.

Die Einschätzung der derzeitigen wirtschaftlichen Entwicklung hat sich im Vergleich zur KW 27 stark verändert.

Der Anteil derjenigen, der die derzeitige wirtschaftliche Entwicklung positiv einschätzt, ist stark gesunken.

Anhänger der Grünen und der AfD (jew. 28 %) sehen überdurchschnittlich häufig einen Abwärtstrend.



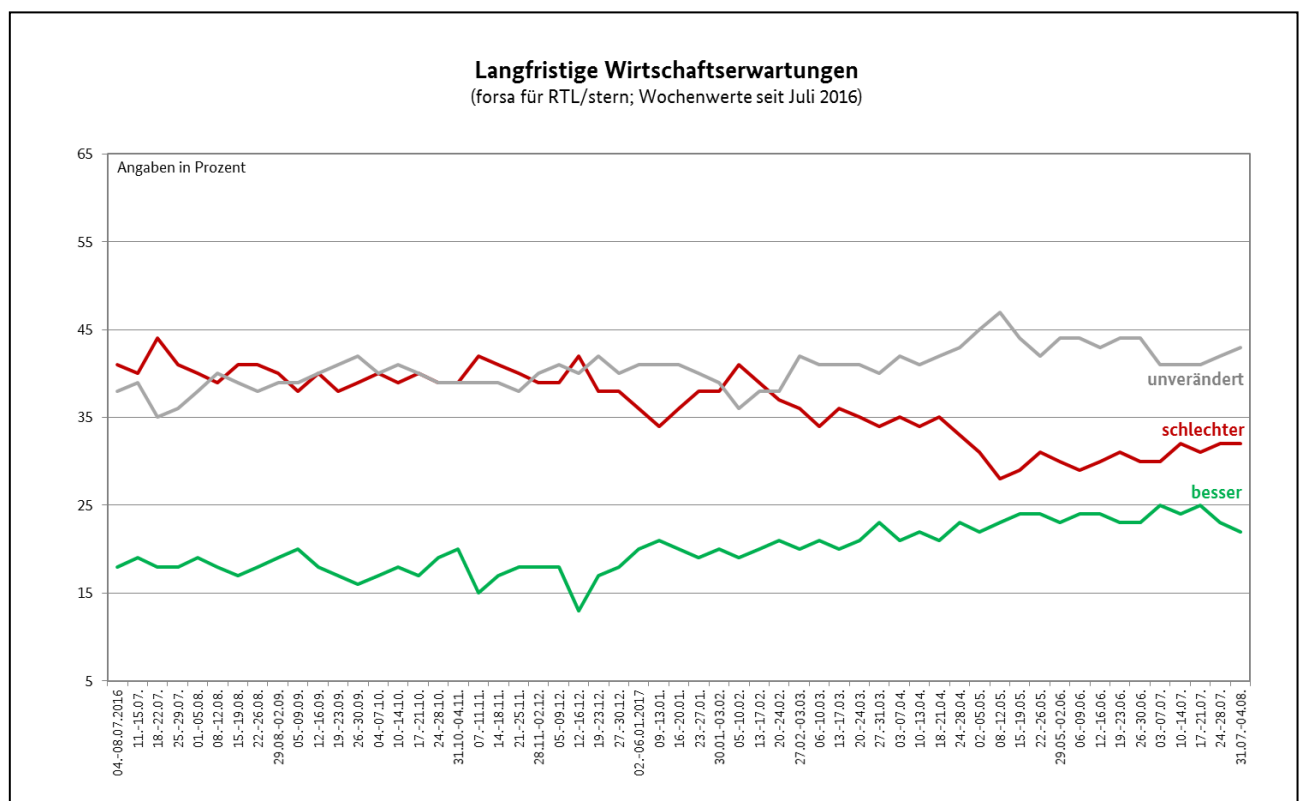
Langfristige Erwartungen für die Wirtschaft

Angaben in Prozent

	forsa für RTL/stern	
besser	22	(-1)
schlechter	32	(-)
unverändert	43	(+1)
Erhebungszeitraum	31.07.-04.08.	

Die langfristigen Wirtschaftserwartungen haben sich im Vergleich zur Vorwoche kaum verändert.

Der Anteil der Bevölkerung, der mit einer Verschlechterung der wirtschaftlichen Verhältnisse in Deutschland in den kommenden Jahren rechnet, liegt um 10 (+1) Prozentpunkte höher als der Anteil, der von einer Verbesserung ausgeht.



Bewertung der eigenen gegenwärtigen finanziellen Lage

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 29

	forsa für BPA	
besser als vor einem Jahr	16	(-)
schlechter als vor einem Jahr	16	(+2)
genauso wie vor einem Jahr	66	(-2)
Erhebungszeitraum	31.07.-04.08.	

Unter 45-Jährige nehmen deutlich häufiger eine Verbesserung ihrer gegenwärtigen finanziellen Lage wahr als über 60-Jährige (25 % zu 10 %). Auch Gutverdiener (24 %) sehen überdurchschnittlich häufig Verbesserungen.

Geringverdiener (27 %) und Personen mit mittlerer formaler Bildung (22 %) nehmen überdurchschnittlich oft eine Verschlechterung ihrer gegenwärtigen finanziellen Lage wahr.

Bewertung der eigenen zukünftigen finanziellen Lage

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 29

	forsa für BPA	
in einem Jahr besser	23	(+1)
in einem Jahr schlechter	11	(-1)
ungefähr so wie jetzt	65	(-)
Erhebungszeitraum	31.07.-04.08.	

Unter 45-Jährige (35 %) erwarten überdurchschnittlich oft eine Verbesserung ihrer finanziellen Lage.

45- bis 59-Jährige (16 %) gehen überdurchschnittlich häufig von einer Verschlechterung ihrer finanziellen Lage aus.

Über 60-Jährige (76 %) und Gutverdiener (70 %) erwarten hingegen besonders häufig keine Veränderung ihrer finanziellen Lage.

Günstiger Zeitpunkt für größere Anschaffungen

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 29

	forsa für BPA	
zurzeit günstig	50	(+3)
zurzeit eher ungünstig	40	(-3)
Erhebungszeitraum	31.07.-04.08.	

Gutverdiener (65 %) und 30- bis 44-Jährige (56 %) sind überdurchschnittlich häufiger der Meinung, dass zurzeit ein günstiger Zeitpunkt für größere Anschaffungen wäre.

Geringverdiener (59 %), Personen mit formal einfacher Bildung (53 %), Ostdeutsche und unter 30-Jährige (jew. 46 %) sind überdurchschnittlich oft der Meinung, man sollte sich zurzeit mit größeren Anschaffungen eher zurückhalten.

Einschätzung: Wie sehen die meisten Bürger ihre eigenen wirtschaftlichen Verhältnisse?

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 29

	forsa für BPA	
eher optimistisch	50	(-2)
eher pessimistisch	28	(-)
Erhebungszeitraum	31.07.-04.08.	

Gutverdiener (59 %) und Personen mit formal höherer Bildung (56 %) glauben, dass die meisten Menschen, die sie kennen, ihre eigenen wirtschaftlichen Verhältnisse eher optimistisch einschätzen.

45- bis 59-Jährige (36 %) und Personen mit einfacher und mittlerer formaler Bildung (35 %) glauben überdurchschnittlich häufig, dass die meisten Menschen, die sie kennen, ihre eigenen wirtschaftlichen Verhältnisse eher pessimistisch einschätzen.

Wichtigste Themen

Angaben in Prozent

	infratest dimap für BPA
Abgas- bzw. Dieselskandal/Kartellvorwürfe gegen deutsche Autobauer	28 (-2)
Flüchtlingsströme/Europäische Einwanderungspolitik	9 (-7)
Lebensmittelskandal, fipronilverseuchte Eier	9 (neu)
Atomprogramm Nordkorea, aktueller Konflikt	7 (+6)
Landtagswahl Niedersachsen	7 (neu)
US-Präsidentschaft Donald Trump	6 (-6)
Politische Situation in der Türkei allgemein	5 (-1)
Ausländer in Deutschland, Zuwanderungs-, Asylpolitik	5 (-)
Erhebungszeitraum	08.-09.08.

Die Bundesbürger beschäftigen sich auch in dieser Woche am meisten mit dem Abgas- bzw. Dieselskandal. Überdurchschnittlich häufig sehen 50- bis 64-Jährige, Personen mit mittlerem Einkommen (jew. 35 %) und Personen mit hoher formaler Bildung (34 %) sowie Anhänger der FDP (44 %), der Linkspartei (36 %) und der SPD (33 %) dieses Thema als das wichtigste der Woche an. Unter 35-Jährige (17 %) und Geringverdiener (16 %) nennen den Diesel- bzw. Abgasskandal unterdurchschnittlich oft.

Anhänger der Union und der Grünen (jew. 14 %) erwähnen den Lebensmittelskandal um fipronilverseuchte Eier besonders häufig.

